

# Schwerpunkt Umsetzung des Regierungsprogramms

## Demografische Herausforderungen meistern

Eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte stellt der demografische Wandel dar. Die geburtenstarken Jahrgänge werden bald nicht nur das Rentenalter erreichen, sondern in den nächsten Jahrzehnten auch vermehrt auf Betreuungs- und Pflegeleistungen angewiesen sein. Die Regierung hat es sich daher einerseits zum Ziel gesetzt, die «qualitativ hochwertige Versorgung von betreuungspflichtigen Menschen zu sichern». Die Eröffnung des LAK-Hauses St. Peter und Paul in Mauren lieferte zusätzliche Kapazitäten in der stationären Betreuung, diese reichen vorerst etwa bis 2025. Dies zeigt die aktualisierte Bedarfsplanung 2019. In den kommenden Jahren könnte ein weiteres Heim hinzukommen - Ruggell ist dafür der wahrscheinlichste Standort. Am Landesspital wurde ausserdem eine Akutgeriatrie eingerichtet. Alles in allem hat die Regierung in diesem Bereich den Weg fortgeführt, die Herausforderungen rund um den demografischen Wandel werden Liechtenstein aber auch in Zukunft noch begleiten. Zur künftigen Finanzierung der Pflege hat das Ministerium mögliche Varianten vorgestellt - der Landtag gab der (neuen) Regierung mit, mindestens zwei Modelle noch näher zu prüfen. Auch die langfristige Sicherung der AHV ist noch nicht in trockenen Tüchern. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini reichte zwar im vergangenen Jahr einen Vorschlag ein: Die AHV-Beitragsätze sollen um 0,6 Prozent auf Schweizer Niveau erhöht werden, gleichzeitig gibt es eine Einmalumlage von 100 Millionen Franken vom Land. Die Abgeordneten konn-

## Gesellschaft

ten sich im Herbst 2020 allerdings nicht einigen und überliessen die Entscheidung dem neuen Landtag.

### Gesundheitswesen für zukünftige Herausforderungen rüsten

Im Bereich Gesundheit machte es sich die Regierung zum Ziel, auch in Zukunft «eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung» zu sichern, die für alle zugänglich und bezahlbar ist. So sollte etwa die 24-Stunden-Notfallversorgung wie auch die ambulante und stationäre Grundversorgung sichergestellt werden - also ganz es praktisch den Status quo beizubehalten. Zu erwähnen ist hier wohl auch der Neubau des Landesspitals, diesbezüglich laufen nach der Abstimmung 2019 die Planungsarbeiten. Im Oktober 2017 genehmigte die Regierung die von Ärztekammer und Krankenkassenverband weiterentwickelte Bedarfsplanung in der ambulanten Versorgung, eine weitere Massnahme im Regierungsprogramm. Damit soll auch die Praxisnachfolge verbessert werden. Für Chiropraktoren gibt es neu ebenfalls eine Bedarfsplanung. Zudem sollten neue Versorgungsmodelle in der Grundversorgung «geprüft» werden. Dies wurde auch von den Leistungserbringern am vom Ministerium für Gesellschaft initiierten «Gesundheitsseminar» angesprochen. Die Regierung hat im vergangenen Jahr die wieder eingesetzte Landesgesundheitskommission beauftragt, die im Gesund-

heitsseminar eingereichten Vorschläge auf ihre Machbarkeit zu überprüfen und konkrete Umsetzungsvorschläge zu erarbeiten. Auch im Gesundheitswesen ist Digitalisierung angesagt: Eine Massnahme umfasste die Einführung eines elektronischen Gesundheitsdossiers (E-Health). Die praktische Umsetzung dürfte sich allerdings noch ziehen. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini legte im vergangenen Jahr die entsprechende gesetzliche Grundlage vor, die der Landtag im Herbst 2020 in erster Lesung behandelte. Angedacht ist, dass es für alle in Liechtenstein Versicherten eine solche elektronische Patientenakte gibt. Die Versicherten sollen aber die Kontrolle darüber haben, was in der Akte steht und welche Daten von wem eingesehen werden dürfen.

### Bildung gemeinsam für die Zukunft gestalten

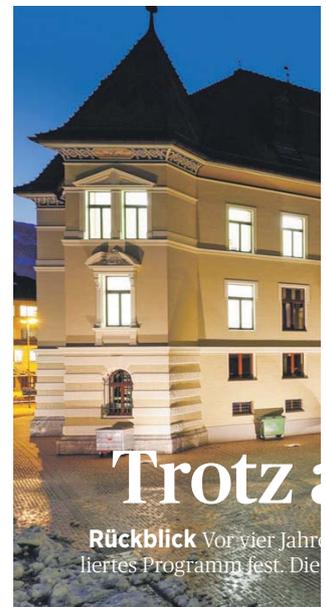
Im Bereich Bildung hat sich in der vergangenen Legislatur einiges geändert. Eine zentrale Massnahme im Regierungsprogramm war der neue liechtensteinische Lehrplan (LiLe), den die Regierung Ende 2018 verabschiedet hat. Schwerpunkte liegen unter anderem auf den MINT-Fächern und Informationstechnologien. Die Einführungsphase des LiLe dauert noch bis 2023, die Lehrer sollen entsprechend weitergebildet werden. Parallel läuft derzeit auch das ICT-Projekt, dieses sieht an allen Schulen eine zeitgemässe IT-Infrastruktur und WLAN vor, alle Schüler erhalten Tablets oder Laptops. Wie schnell die Umstellung auf digitale Hilfsmittel funktionieren kann, hat aber vor allem die Coronapandemie gezeigt, die im Frühjahr zum Fernunterricht zwang-

Die Regierung setzte sich ausserdem die Massnahme, die Einführung von landesweiten Blockzeiten zu prüfen. Dies geschah im Rahmen eines Postulats: Demnach müssten erweiterte Blockzeiten im Gesamtkontext und in Abstimmung mit der jeweiligen Gemeinde erfolgen. Derzeit gibt es bereits in acht Gemeinden erweiterte Ein- und Ausgangszeiten an den Schulen. Quasi «in letzter Minute» konnte die Regierung eine weitere Massnahme umsetzen. Regierungsrätin Dominique Hasler präsentierte am Donnerstag die «Bildungsstrategie 2025 plus». Ziel ist es, noch bestehende Lücken im bisherigen System zu füllen: Die Frühförderung soll verbessert werden und die Bildungseinrichtungen eigenständiger agieren können. Ein alle vier Jahre aktualisierter Bildungsbericht soll die Fortschritte aufzeigen.

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Familie und Beruf unter einem Hut zu bringen, bleibt für viele Mütter und Väter ein täglicher Balanceakt. Nichtsdestotrotz konnte die Regierung einige Verbesserungen erzielen und von ihr anvisierten Massnahmen umsetzen. Insbesondere wurde die Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung im September 2019 umgestellt: Neu erhalten die Kitas eine Subventionierung anhand der tatsächlich belegten Plätze, die Eltern zahlen einkommensabhängige Tarife. Wie im Regierungsprogramm vorgesehen, wurde eine Erhöhung des Kindergeldes geprüft - in einer Postulatsbeantwortung wies das Ministerium für Gesellschaft jedoch darauf hin, dass diese Förderung auch ins Ausland geht und eine Anpas-

sung an die dortigen Lebenshaltungskosten rechtlich nicht möglich sei. Schlussendlich wurden liechtensteinische Familien auf anderem Weg finanziell entlastet, indem der Kinderabzug ab dem Steuerjahr 2019 erhöht wurde. Die Bedürfnisse junger Familien erhob das Liechtenstein-Institut im Auftrag der Regierung. Die 2018 präsentierte Familienumfrage zeigte, dass sich viele einen bezahlten Elternurlaub wünschen würden. Daraus wurde zwar bisher nichts, in der nächsten Legislaturperiode wird es aber konkreter. Bis zum August 2022 muss Liechtenstein nämlich eine EU-Richtlinie umsetzen, die einen bezahlten Vaterschafts- und Elternurlaub vorsieht. Gefragt ist auch die Wirtschaft, die für entsprechende Arbeitsbedingungen sorgen muss. Die Regierung wollte die Unternehmen miteinbeziehen, um Strukturen zur besseren Vereinbarkeit zu schaffen. Erstmals zeichnete das Land 2019 beispielsweise familienfreundliche Unternehmen aus, die als Vorbild dienen sollen.



## Mobilität sicherstellen

Eines der drängendsten Probleme in Liechtenstein ist für viele der Verkehr, der an seine Grenzen stösst. Eine zentrale Massnahme im Regierungsprogramm war daher das Mobilitätskonzept 2030, das im vergangenen Frühjahr präsentiert wurde. Der Landtag gab nach einer intensiven und langen Debatte grünes Licht. Im Konzept finden sich 10 Leitprojekte, die in den nächsten 10 Jahren umgesetzt werden sollen: Darunter beispielsweise die S-Bahn, die am 30. August vom Volk jedoch klar abgelehnt wurde. Zur Entlastung des Schaaner Dorfzentrums wiederum soll es bis zum Sommer 2021 Lösungsvarianten geben. Einige der Leitprojekte aus dem Mobilitätskonzept finden sich auch im Regierungsprogramm als Massnahme wieder. So etwa die Realisierung des Industriezubringers Vaduz-Triesen. Hierfür wurden zumindest die Grundsteine gelegt, die Regierung und die betroffenen Gemeinden gaben grünes Licht. Ob das Projekt tatsächlich realisiert wird, hängt im Wesentlichen aber vom noch ausstehenden Ergebnis des UVP-Verfahrens ab. Sowohl im Mobilitätskonzept 2030 als auch im Regierungsprogramm findet sich zudem die Massnahme, den öffentlichen Verkehr (ÖV) attraktiver zu machen. Die Regierung nennt in ihrem Programm konkret die Erstellung von Busspuren. Realisiert wurde eine solche beispielsweise auf der Zollstrasse in Schaan - von der Rheinbrücke bis zum Rheindenkmal, in Vaduz wurde die Busspur vom Lindenkreisel zur Post fertiggestellt. Angedacht ist eine Busspur zudem im Bereich Heiligkreuz. Auf der Landstrasse in Schaan hingegen fehlt der nötige Platz sowie der politische Wille der Gemeinde. In diesem Punkt besteht in Zukunft weiterhin Ausbaubedarf. Eine Massnahme, die sich im Regierungsprogramm wie auch anderen

## Lebensraum

Konzepten immer wieder findet, ist die Vervollständigung des Radwegenetzes. Ein wichtiger Schritt war sicher die Fertigstellung der Langsamverkehrsbrücke zwischen Vaduz und Buchs im Juni 2019. Trotzdem weist das Netz heute noch immer Lücken auf. Eine weitere Strategie steht auf der Liste der Regierung: Die Weiterführung eines gemeinsamen Verkehrsentwicklungskonzepts der Unterländer Gemeinden sowie Schaan. Die «Vision 2050» wurde unter Einbezug der Bevölkerung entwickelt und soll die Grundlage für die abgestimmte Planung von Arbeits- und Siedlungsräumen und Verkehrsverbindungen im verkehrsgeplagten Unterland und Schaan bilden. Sie definiert elf Handlungsfelder, aus denen Massnahmen abgeleitet wurden, die in den kommenden Jahren geprüft und umgesetzt werden sollen - diese decken sich teils wieder mit dem Mobilitätskonzept und dem Regierungsprogramm.

### Digitale Infrastruktur ausbauen

Digitalisierung zieht sich wie ein roter Faden durch das Regierungsprogramm, dafür benötigt es jedoch auch die technischen Grundlagen. «Der flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes (Fiber-to-the-Home) wird forciert», hat sich die Regierung denn auch als Aufgabe mitgegeben. Tatsächlich ist der landesweite Glasfaserausbau mittlerweile so weit fortgeschritten, dass Teile des alten Netzes bereits abgeschaltet und manche Gemeinden wie beispielsweise Mauren komplett vom alten Netz genommen wurden. Inwiefern der Aufbau eines mobilen 5G-Netzes «unterstützt» wurde, wie

im Regierungsprogramm formuliert, lässt sich für Aussenstehende schwer beurteilen. Noch versorgen Liechtensteins Mobilfunkmasten die Bevölkerung höchstens mit dem Mobilfunkstandard 4G. Im vergangenen Frühjahr beantwortete die Regierung eine Interpellation zu den Chancen und Risiken des 5G-Netzes, 2020 schickte sie die rechtlichen Grundlagen in Vernehmlassung. Darin ist die Rede davon, dass 5G «in naher Zukunft» eingeführt werden soll. Ursprünglich war es ein Ziel, die 5G-Frequenzen bis Ende 2019 in Abstimmung mit den Nachbarstaaten zu vergeben.

### Attraktiven Arbeits-, Wohn- und Lebensraum schaffen

Ein (papierner) Meilenstein war in dieser Legislatur vor allem das Raumkonzept, nachdem seit der Ablehnung des Raumplanungsgesetzes im Jahr 2002 wenig in diesem Bereich geschah. Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch konnte das Konzept im vergangenen Frühjahr präsentieren, das nun Grundlage für die Überarbeitung des Landesrichtplans bilden soll. Experten begrüßten zwar das Vorliegen des Konzeptes, kritisierten aber die sehr allgemein formulierten Ziele und fordern einen Einbezug von Bevölkerung und Verbänden. Zudem nahm sich die Regierung die «Fortsetzung» des Agglomerationsprogramms Werdenberg-Liechtenstein vor, das Voraussetzung für die Mitfinanzierung von Verkehrsprojekten durch den Bund ist und alle vier Jahre angepasst wird. Der Fokus sollte dabei gemäss Regierungsprogramm auf den Massnahmen «zur leistungsfähigen Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz» liegen. Mit dem Wegfall des S-Bahn-Projektes als «Rückgrat» der ÖV-Strategie ist aber eine Einreichung der vierten Programmgeneration beim Bund nicht umsetzbar. Nun wird an einer fünften Generation

gearbeitet, bei der vor allem die Verbesserung der Rheinübergänge im Fokus steht.

### Natürliche Lebensräume erhalten und Biodiversität schützen

In Liechtenstein streunen mittlerweile sogar wieder Wölfe durch das Land, der Biber ist in den vergangenen Jahren schon zum Alteingesessenen geworden, bringt aber auch Probleme mit sich. Die Regierung hat sich deshalb vor vier Jahren zum Ziel gesetzt, Konzepte für ein konfliktarmes Zusammenleben zu erarbeiten. Diesen Punkt hat sie erfüllt: 2018 präsentierte sie leicht verspätet das Biberkonzept, im Sommer 2019 wurde dann auch eine Strategie zum Umgang mit dem Wolf verabschiedet. Auf die Fahnen geschrieben hat sich die Regierung ausserdem die Erarbeitung und Umsetzung eines Massnahmenpakets zur Waldverjüngung, um vor allem den Schutzwald zu verbessern. Tatsächlich konnte Regierungsrätin Dominique Hasler ein solches Paket im Februar 2020 vorstellen, die Massnahmen sollen dringlich umgesetzt werden. So sollen beispielsweise staatliche Wildhüter die Jäger unterstützen, notfalls sollen auch Wildgatter zum Einsatz kommen. Die entsprechenden Abänderung des Jagdgesetzes ging im vergangenen Sommer in Vernehmlassung, damit befassen wird sich bereits der neue Landtag. Gleichzeitig soll gemäss Massnahmenpaket auch der Lebensraum des Wildes aufgewertet werden, etwa durch neue Ruhezeiten und die Vernetzung von Lebensräumen.

### Klima und Energie

Die Regierung sieht vor allem in einer höheren Energieeffizienz und erneuerbaren Energien Potenziale, um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Gegen Ende der Legis-

laturperiode, im Oktober 2020, präsentierten Infrastrukturminister Daniel Risch und Umweltministerin Dominique Hasler die Energievision 2050 sowie die Klimavision 2050. Kurz zusammengefasst: Klimaneutralität bis 2050, der Energiebedarf soll um 40 Prozent verringert, die Versorgung vollends auf erneuerbare Energien umgestellt und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 100 Prozent reduziert werden. Konkretere Massnahmen gibt die im Regierungsprogramm ebenfalls angekündigte Energiestrategie 2030 vor, etwa Verbesserungen bei der energetischen Sanierung durch strengere Mindeststandards und entsprechende Förderungen. Bis 2030 sollen zudem 75 Prozent der Ölheizungen durch nachhaltigere Alternativen ersetzt werden. Auch der Ausbau von Fotovoltaikanlagen auf Dächern soll weiter forciert werden. Eine langfristige Klimastrategie, wie die Ziele aus der Klimavision 2050 erreicht werden könnten, liegt noch nicht vor. Sie wird in einem nächsten Schritt ausgearbeitet. Zur Umsetzung des Paris-Übereinkommens waren zudem einige Gesetzesänderungen nötig. Die Revision des Emissionshandelsgesetzes wurde im Dezember 2020 vom Landtag genehmigt, die Abgeordneten reklamierten zudem die Klimaneutralität bis 2050 ins Gesetz. Die von der Regierung anvisierte Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes steht hingegen noch aus, Liechtenstein muss sich hier mit der Schweiz abstimmen.